



Einladung

zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Laubenheim am Freitag, 28.01.2022, 17:00 Uhr, Videokonferenz

Liveübertragung auf der Internetseite: <http://www.mainz.de/ortsbeiraete-live>

Tagesordnung

a) öffentlich

Anträge

1. 1250 Jahre Laubenheim (SPD, CDU, Grüne, FDP, ÖDP)
2. Neugestaltung der historischen Gasse -Hans-Zöller-Straße in Richtung Im Brühl- (SPD)
3. Aufstellen eines Wartehäuschens im Bereich der Bushaltestelle "Laubenheim Bahnhof E" (SPD,Grüne,FDP)
4. Naherholungskonzept für das Rheinufer zwischen Laubenheim und Weisenau (SPD,Grüne,FDP)
5. Starkregenvorsorge für Mainz-Laubenheim (SPD,CDU,Grüne,FDP,ÖDP)
6. Anfragen aus vorherigen Sitzungen
 - 6.1. Ganztagsbetreuung Grundschule (SPD,Grüne,CDU,FDP,ÖDP)
7. Sachstandsberichte
8. Mitteilungen und Verschiedenes
 - 8.1. Situation im Laubenheimer Park
 - 8.2. Blumenkübel auf der Waagefläche des Wiegehäuschens
 - 8.3. Graffiti-Projekt Ortseingang
 - 8.4. 1250 Jahre Feier

b) nicht öffentlich

9. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
10. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 20.01.2022

gez. Gerhard Strotkötter
Ortsvorsteher

Hinweis: Fragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner können jederzeit an den Ortsvorsteher schriftlich gerichtet werden, da aktuell die Einwohnerfragestunde nur in Präsenzsitzungen stattfinden kann.

**SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP und ÖDP
im Ortsbeirat Mainz-Laubenheim**

Vorlage-Nr. 0108 / 2022

**Gemeinsamer Antrag
zur Sitzung des Ortsbeirats Laubenheim am 28.01.2022**

1250 Jahre Laubenheim

Der Ort Laubenheim wird im Jahr 2023 sein 1250jähriges Bestehen feiern. Zu diesem besonderen Anlass plant der Ortsbeirat eine 1250 Jahr Feier mit mehreren öffentlichen Veranstaltungen unter Einbeziehung der Bürgerschaft.

Unter anderem sind historische Rundgänge geplant mit Bezug zur Laubenheimer Geschichte, zum Weinanbaugebiet, zur Entwicklung von Gewerbe, Industrie, Neuansiedlungen und archäologischen Funden bei örtlichen Baumaßnahmen. Ein Festumzug zum neu gestalteten Park mit Präsentation der zahlreichen ortsansässigen Vereine, der Musikschule, der Chöre und mit sportlichen Darbietungen sowie einem Programm für Kinder sind vorgesehen.

Zur Eröffnung der Feierlichkeiten wird es eine akademische Feier mit der Vorstellung der Laubenheimer Chronik geben. Ebenso ist ein Festgottesdienst in Planung.

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Ortsbeirat Laubenheim bittet daher den Oberbürgermeister der Stadt Mainz um die Übernahme der Schirmherrschaft für die Feiern des 1250jährigen Bestehens des Ortes Laubenheim.

Gleichzeitig bitten wir die Verwaltung um organisatorische Unterstützung der geplanten Veranstaltungen, da wir mit unseren ortsansässigen Kräften nicht allein das Vorhaben und die Logistik erstellen können.

Ebenfalls bitten wir die Verwaltung um finanzielle Unterstützung für das Projekt, das in seiner Gesamtheit den eng begrenzten finanziellen Rahmen des Ortsbeirats und der Vereine übersteigt.

Für die SPD
Wolfgang Stampf

Für die CDU
Norbert Riffel

Für B90/Grüne
Gabriele Müller

Für die FDP
Dr. Christian Hecht

Für die ÖDP
Ulrich Frings

Fraktionssprecher:
Wolfgang Stampf
Rob.-Schumann-Str. 22
Tel.: 06131 / 86495
w.stampf@gmx.de

Antrag zur

Ortsbeiratssitzung am 28. Januar 2022

Vorlage-Nr. 0109 / 2022

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, die von der Hans-Zöller-Straße ausgehende historische Gasse entlang der ehemaligen Laubenheimer Schutzmauer Richtung Im Brühl der geschichtlichen Bedeutung entsprechend neu zu gestalten.
Weiter ist das völlig verrostete Schutzgitter zu erneuern.

Begründung:

Entlang des Gässchens verlief die im Mittelalter (ab dem 15 Jahrhundert bekannt) errichtete ehemalige Schutzmauer. Damit erhält der Weg eine herausragende historische Bedeutung und ist angemessen zu gestalten.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

Für die SPD Fraktion

Wolfgang Stampf



SPD, Bündnis90/Die Grünen/ FDP

im Ortsbeirat Mainz-Laubenheim

Vorlage-Nr. 0110 / 2022

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 28. Januar 2022

Aufstellen eines Wartehäuschens im Bereich der Bushaltestelle "Laubenheim Bahnhof E"

Die Verwaltung wird gebeten, die "Mainzer Mobilität" zu beauftragen, ein Wartehäuschen an der Bushaltestelle "Laubenheim Bahnhof E" auf der Bahnhofseite zu errichten. Auch bitten wir um Prüfung, ob die Bezeichnung "Ersatzhaltestelle" entfallen kann.

Begründung

Die Bushaltestelle wurde durch die grundlegende Änderung der Streckenführung der Linie 61 im Dezember 2019 neu eingerichtet. Durch diese Haltestelle ist der Mainzer Stadtbereich im 15-Minutenrhythmus erreichbar. Die verkehrsgünstig gelegene Haltestelle wird von der Laubenheimer Bevölkerung sehr gut angenommen und ist die am meisten genutzte Bushaltestelle Laubenheims. Es fehlt jedoch immer noch ein Wartehäuschen, um die vielen wartenden Busnutzer:innen vor Wind und Regen zu schützen. Ein Wartehäuschen sollte daher dringend zeitnah aufgestellt werden.

Sowohl die Streckenführung der Linie 61 als auch die Positionierung der Haltestelle haben sich bewährt und wurden von der Laubenheimer Bevölkerung gut angenommen. Die Haltestelle sollte daher von einer Ersatzhaltestelle in eine endgültige Haltestelle umgewandelt werden.

SPD
Wolfgang Stampf

Bündnis 90/Die Grünen
Gabriele Müller

FDP
Christian Hecht

SPD, B. 90/ Die Grünen, FDP im Ortsbeirat Mainz-Laubenheim

Gemeinsamer Antrag

zur Ortsbeiratssitzung am 28. Januar 2022

Naherholungskonzept für das Rheinufer zwischen Laubenheim und Weisenau, Stromkilometer 491,9 – 493,1

Vorlage-Nr. 0111 / 2022

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Verwaltung wird um einen Sachstandsbericht gebeten, welchen Umsetzungsstand das Naherholungskonzept für das Rheinufer zwischen Laubenheim und Weisenau, Stromkilometer 491,9 – 493,1 erreicht hat.

Besondere Berücksichtigung sollen dabei die im diesbezüglichen Erläuterungsbericht vom 31.01.2017 und dessen Kartenanhängen für den Realisierungszeitraum 2019 dargestellten Vorhaben finden:

- Herstellung eines Parkplatzes (ca. 850 m²; 30 Stellplätze) ggf. kombiniert mit Anschlüssen für Wohnmobilisten auf der Zufahrt zu den „Natorampen“ bzw. des Kiesbetriebs,
- Herstellung von Spielflächen (Beachvolleyball, Bewegungsgarten), Grillstellen, Ausschank sowie Sanitärbereichen.

(siehe Kartenausschnitt Naherholungs-Teilraum Nord A, Anlage 1)

- Umverlegung des Rad- und Fußgängerverkehrs, Anlage eines 4 m breiten asphaltierten Weges, unmittelbar vor dem Kiesbetrieb,
- Herstellung Liegewiese: Entfernung von standortfremden Gehölzen, Pflanzung autotypischer Gehölze, Entwicklung von Grünland, Anlage eines Weges, Schaffung von Sitz- bzw. Liegegelegenheiten zwischen Stromkilometer 492,0 und 492,2.

(siehe Kartenausschnitt: Naherholungs-Teilraum Süd B, Anlage 2)

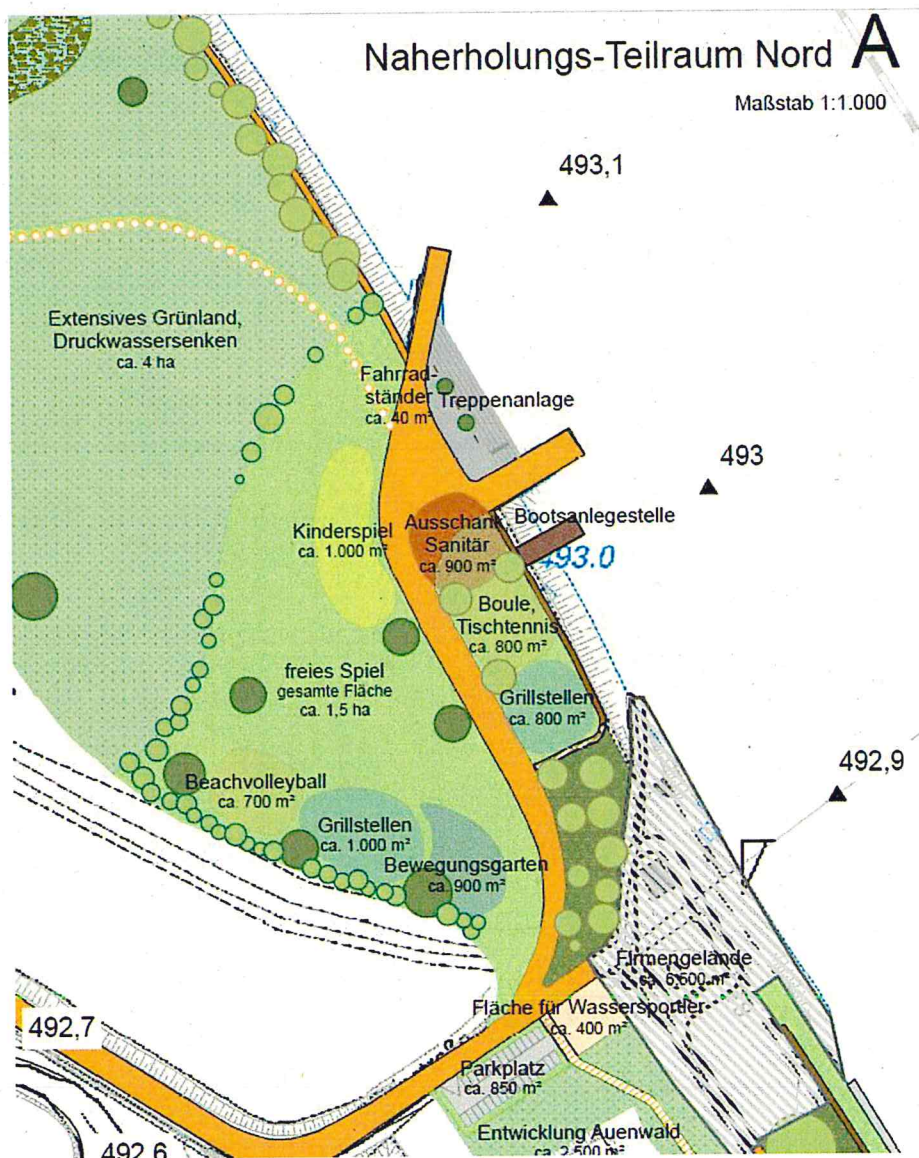
Neben einem schriftlichen Bericht bittet der Ortsbeirat um eine Begehung der von den Planungen betroffenen Flächen zusammen mit dem Ortsbeirat Weisenau und Vertretern der beteiligten Fachbehörden.

Der Ortsvorsteher und der Ortsbeirat von Weisenau sind über diesen Antrag in Kenntnis gesetzt.

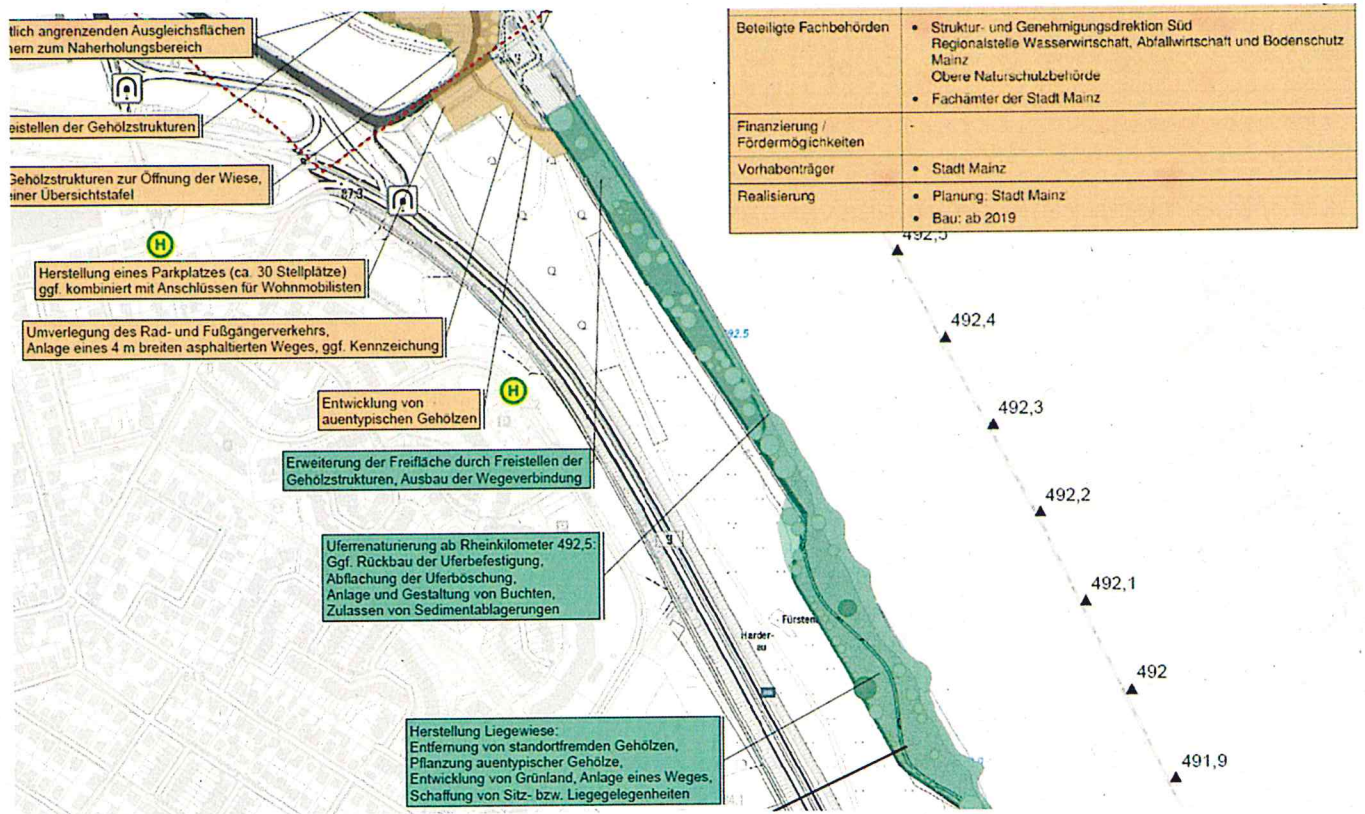
Begründung:

Trotz eventuellen der aktuellen Pandemie geschuldeten Umsetzungsverzögerungen, besteht großes Interesse in der Ortsgemeinde an einem Fortgang der Naherholungsplanung. Insbesondere der Naherholungsteilraum Nord A; der zum großen Teil bereits auf Flächen der Ortsgemeinde Weisenau liegt, bedarf nach mehr als zweijährigem Stillstand einer dringenden Realisierung zum Wohle beider Ortsgemeinden.

Anlage 1



Anlage 2



Für die SPD
Wolfgang Stampf

für B 90/Grünen
Gabriele Müller

für die FDP
Dr. Christian Hecht

SPD, CDU, B. 90/ Die Grünen FDP, ÖDP im Ortsbeirat Mainz-Laubenheim

Gemeinsamer Antrag

Zur Ortsbeiratssitzung am 12. November 2021

Starkregenvorsorge für Mz-Laubenheim

Vorlage-Nr. 1563 / 2021

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Verwaltung wird um einen Sachstandsbericht gebeten, welche Gefahrenabwehr-/ bzw. Vorsorgemaßnahmen gegen Starkregenereignisse für die Ortslage Laubenheim bereits getroffen bzw. in Planung befindlich sind.

Der Bericht soll neben einer Betrachtung der Leistungsfähigkeit bereits installierter Rückhaltebecken, Schlamm- und Geröllfängen am Hang auch auf die Bemessung der Regenwasserkanalisation und der Leitgräben in der Tallage eingehen.

Darüber hinaus soll der Zustand der Trockenmauern am Hang, gegebenenfalls in einem gesonderten Gutachten betrachtet werden, da die Ausführungen der Vorlage: 1254/2021 hierzu nicht ausreichend waren. Neben ihrer Funktion als faszinierender Überlebensraum für Insekten und weiterer Kleinlebewesen, tragen sie vor allem auch zur Stabilität der Hanglage und Rückhaltung des Außengebietswassers bei Starkregen bei, was angesichts des aktuellen Erhaltungszustandes nicht mehr gewährleistet scheint.

Neben einem schriftlichen Bericht bittet der Ortsbeirat um persönliche Anwesenheit einer zuständigen Person der Verwaltung oder des Wirtschaftsbetriebs für Erläuterungen und Rückfragen auf der nächsten Ortsbeiratssitzung am 28.01.2022.

Begründung:

Die verheerenden Starkregenüberflutungen in der Eifel und an der Ahr von Mitte Juli d. J. hinterlassen auch für Laubenheim Fragen der diesbezüglichen Gefahrenabwehr bzw. Vorsorge, vor allem mit Blick auf die bebaute Hanglage im Westen des Ortes. Seit 9. März 2021 liegt für Rheinland-Pfalz von Seiten des Landesamtes für Umwelt (LfU) eine „Gefahrenkarte Starkregen“ vor. Im Zuge der Vorstellung rief Umweltministerin Spiegel die Kommunen dazu auf, die Gefahrenkarte genau zu studieren und als Grundlage für

Hochwasserschutzkonzepte zu nutzen. Bei der Aufstellung von Konzepten zur Starkregen- und Hochwasservorsorge werden laut Umweltministerium 90 Prozent der Kosten gefördert. Aus verschiedenen Quellen ⁽¹⁾ geht hervor, dass die Ortslage Mz-Laubenheim über eine Starkregenvorsorge von 214 Litern/Sekunde und Hektar, entsprechend einem 5 jährigen Wiederkehr-Ereignis verfügt. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels bedarf es der Überprüfung, ob dieser Rahmen noch ausreichend ist; d.h. ob die Vorsorge eher auf 10 resp. 20 jährige Starkregenereignisse abzustellen hat.

- (1) u.a. „Starkregen, was können Kommunen tun?“. Informations- und Beratungszentrum Hochwasservorsorge Rheinland-Pfalz und WBW Fortbildungsgesellschaft für Gewässerentwicklung mbH, 2012.

Für die SPD
Wolfgang Stampf

Für die CDU
Norbert Riffel

Für B 90/Grünen
Gabriele Müller

Für die FDP
Dr. Christian Hecht

Für die ÖDP
Ulrich Frings

Antwort zur Anfrage Nr. 1678/2021 der Parteien im Ortsbeirat betreffend **Ganztagsbetreuung Grundschule (SPD,Grüne,CDU,FDP,ÖDP)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Wurden bei der Planung des Neubaus der Grundschule Mainz-Laubenheim Räumlichkeiten und Ausstattung für die Ganztagsbetreuung nach dem Bundesgesetz für das Jahr 2026 vorgesehen?

Falls das nicht der Fall ist:

Wie lautet die Begründung?

Der Bundestag hat das Ganztagsförderungsgesetz, welches den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern regelt, beschlossen. Die Ausgestaltung dieses Anspruchs haben die Bundesländer selbst zu definieren. Bisher gibt es noch keine Veröffentlichung bzw. Mitteilung der Landesregierung zur Ausgestaltung des Ganztagsanspruchs.

Im Rahmen der Neubaumaßnahme der Grundschule Laubenheim hat die Stadtverwaltung Mainz auf Grund der fehlenden landesgesetzlichen Regelung noch keine Rechtssicherheit, zusätzliche Räume für den Ganztagsanspruch herzustellen.

Es wurden dennoch bereits Planungen erstellt, wie z. B. eine Mensa am Standort zur Sicherstellung einer Mittagsverpflegung nachträglich gebaut werden kann. Die Verwaltung befindet sich im Austausch mit dem Bildungsministerium zur früheren Umsetzung dieser Maßnahmen. Mit einer baldigen Rückmeldung wird gerechnet.

Mainz, 20.01.2022

gez.

Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter

Gemeinsame Eilanfrage der Parteien im Ortsbeirat für die Ortsbeiratssitzung am Freitag, den 12.11.2021

Nach einem Bundesgesetz ist ab dem Jahr 2026 die Ganztagsbetreuung der Schüler in der Grundschule verpflichtend.

In der letzten Schulausschusssitzung wurde den Teilnehmern mitgeteilt, dass eine Ganztagsbetreuung für die Laubenheimer Grundschule nicht vorgesehen ist.

Wir fragen die Verwaltung:

- Wurden bei der Planung des Neubaus der Grundschule Mainz - Laubenheim Räumlichkeiten und Ausstattung für die Ganztagsbetreuung nach dem Bundesgesetz für das Jahr 2026 vorgesehen?
- Falls das nicht der Fall ist:

Wie lautet die Begründung?

Wie wird die Verwaltung den Anspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 für Eltern und Kinder lösen?

Die Parteien im Ortsbeirat